

Geschäftsverteilungsplan der Strafsenate des Bundesgerichtshofes für das Jahr 1956

(gültig ab 1. Oktober 1956)

Dem 1. Strafsenat sind zugewiesen

die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bamberg, Karlsruhe, Koblenz, München, Nürnberg und Stuttgart

Dem 2. Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bremen, Düsseldorf mit Ausnahme der Landgerichte Duisburg und Wuppertal, Frankfurt/M., Köln und Neustadt a.d.W.
- 2) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (§§ 12 ff StPO, § 42 Abs 3 JGG v. 4.8.53 BGBl I, 751 ff), die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 19 Abs 2 des Zuständigkeitsergänzungsgesetzes v. 7.8.1952 (BGBl I, 407) und die sonstigen Entscheidungen, die keinem anderen Strafsenat zugeteilt sind.

Dem 3. Strafsenat sind zugewiesen

- 1 a) die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den Strafsachen aus dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik, die in § 134 GVG n.F. bezeichnet sind
- b) die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den Strafsachen, die die in Berlin begangenen, in § 134 GVG n.F. bezeichneten Straftaten betreffen
- 2 a) die Revisionen in Strafsachen gegen die Entscheidungen derjenigen Strafkammern aus dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik, die in § 74 a GVG n.F. bezeichnet sind
- b) die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG n.F. bezeichneten Strafkammern des Kammergerichtsbezirkes Berlin-Charlottenburg mit Ausnahme derjenigen Entscheidungen, die Fälle der Verschleppung (§ 234 a StGB) und der politischen Verdächtigung (§ 241 a StGB) betreffen

Dem 4. Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke des Oberlandesgerichtes Hamm und der Landgerichte Duisburg und Wuppertal (Oberlandesgericht Düsseldorf)
- 2) alle Revisionen in Verkehrsstrafsachen (einschliesslich Eisenbahnunfälle und Luftunfälle mit Ausnahme von Unfällen der Berliner Stadtbahn)
- 3) alle Entscheidungen nach § 27 des Deutschen Auslieferungsgesetzes vom 23. Dezember 1929 (RGBl I, 239)

Dem 5. (Berliner) Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Kammergerichtes Berlin-Charlottenburg und für die Bezirke der Oberlandesgerichte Braunschweig, Celle, Hamburg, Oldenburg und Schleswig
- 2) die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG n.F. bezeichneten Strafkammern des Kammergerichtsbezirkes Berlin-Charlottenburg, die Fälle der Verschleppung (§ 234 a StGB) und der politischen Verdächtigung (§ 241 a StGB) betreffen

Geschäftsverteilungsplan der Zivilsenate des Bundesgerichtshofes  
für das Jahr 1956

(gültig ab 1. Oktober 1956)

Dem I. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) alle Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, insbesondere über
  - a) Urheberrecht und Verlagsrecht
  - b) Musterschutz und Patentrecht nebst Verträgen hierüber, ferner über Ansprüche gegen einen Patentanwalt aus Anlass seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsgesetz vom 28.9.1933 - RGBL I, 669) einschliesslich von Schadensersatzansprüchen
  - c) Verträge über die Benutzung eines Geheimverfahrens oder die ausschliessliche Verwertung nicht geschützter gewerblicher Erzeugnisse
  - d) Warenzeichen und Ansprüche aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, dem Rabattgesetz und der Zugabeverordnung
  - e) Firmen- und Namensrecht, soweit es sich um die Verwechslungsfähigkeit im geschäftlichen Verkehr handelt
- 2) die Bestimmung des zuständigen Gerichtes nach § 36 ZPO und § 9 EGZPO
- 3) die Entscheidungen nach § 159 Abs 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes in Zivilsachen nebst § 2 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.5.1898 und des § 18 des Reichsgesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7.4.1900 (RGBL 214)
- 4) die Entscheidung in den Fällen des § 28 Abs 2 und des § 29 Abs 2 der BritMilRegVO Nr. 165



Dem II. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) alle Seesachen (HGB §§ 474 ff. nebst Seemannsordnung und § 44 der Strändungsordnung vom 17.5.1874 - RGBl. 73 ..), alle Streitigkeiten aus den Reichsgesetzen über Binnenschiffahrt und Flösserei (einschliesslich von Zusammenstössen von Schiffen mit Nichtschiffen) nebst Streitigkeiten über Schleppverträge und Versicherungen (einschliesslich von Rückversicherungen) wegen Wasser- (See- oder Fluss-) Transport allein oder in Verbindung mit Landtransport, alle Rechtsstreitigkeiten aus dem Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15.11.1940 (RGBl. I, 1499), über Besitz und Eigentum an Schiffen und Schiffsbauwerken und über Ansprüche aus schuldrechtlichen Verträgen über Schiffe und Schiffsbauwerke sowie alle Rechtsstreitigkeiten über Schiffspfandrechte und Zwangsvollstreckung in Schiffe (ZVG §§ 162 ff.),
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Speditions-, Lager- und Frachtgeschäften
- 3) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von Wertpapieren
  - b) Ansprüche aus Besitz und Eigentum (einschliesslich der Fälle des § 771 ZPO), Niessbrauch und Pfandrecht (einschliesslich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts, HGB § 369) an Wertpapieren sowie Rechtsgeschäften hierüber
  - c) Ansprüche auf Grund des Börsengesetzes und des Gesetzes betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere
  - d) Ansprüche aus Kontokorrenten (HGB § 355)
  - e) Ansprüche aus Kommissionsgeschäften (HGB §§ 383 - 406)
- 4) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Gesellschaftsverhältnissen (BGB §§ 705 - 740) und Gemeinschaften (BGB §§ 741 - 758)
  - b) innere Verhältnisse von Handelsgesellschaften, stillen Gesellschaften, eingetragenen Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Vereinen (auch Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit) mit Einschluss der Rechtsstreitigkeiten zwischen diesen Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen und ihren Vorstandsmitgliedern oder Geschäftsführern
  - c) Firmenrecht (HGB §§ 17 - 37), soweit nicht I 1 e zutrifft
  - d) Ansprüche aus dem Erwerb eines Handelsgeschäftes (GVG § 95 Nr. 4 d)

5) die Rechtsstreitigkeiten über

- a) die Vertragsverhältnisse der Makler (BGB §§ 652 ff) einschliesslich der Handelsmakler (HGB § 93 ff), sowie der Handelsvertreter (HGB §§ 84 ff)
- b) Ansprüche aus § 354 HGB
- c) Wechselsachen, Schecksachen und Ansprüche aus kaufmännischen Anweisungen

6) die Rechtsstreitigkeiten über Versicherungsverhältnisse

7) die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 ff) zwischen Kreditinstituten und ihren Kunden oder zwischen Kreditinstituten untereinander, soweit die Institute die üblichen Bankgeschäfte betreiben und nicht mit Sonderaufgaben befasst sind (wie z B Bausparkassen, Teilzahlungskreditinstitute und ähnliche)

8) die Entscheidungen in Fällen des § 28 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.5.1898 sowie des § 14 Nr. 3 des Reichsgesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7.4.1900 (RGBl 213)

- a) sofern es sich um die Führung der Schiffsregister, Binnen-schiffsregister und Schiffsbauregister und sonstige Befugnisse der Registerrichter oder Dispachen handelt
- b) soweit es sich um die Führung der Handelsregister, Genossenschaftsregister und der Vereinsregister und um sonstige Befugnisse der Registerrichter handelt

9) die Entscheidungen nach

- a) den §§ 9, 14, 28, 31 der Ersten Durchführungsverordnung zum Aktiengesetz vom 29.9.1937 (RGBl I, 102)
- b) § 55 der Ersten Durchführungsverordnung zur Dividendenabgabeverordnung vom 18.8.1941 (RGBl I, 493)



Dem III. Zivilsenat sind zugewiesen:

- 1) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche von Beamten und Militärpersonen sowie ihrer Hinterbliebenen auf Grund des Dienstverhältnisses,
  - b) Schadensersatzansprüche
    - aa) von Körperschaften des öffentlichen Rechtes gegen ihre Beamten auf Grund des Dienstverhältnisses
    - bb) gegen Beamte aus § 839, sofern nicht V 2. i. zutrifft,
    - cc) gegen Körperschaften des öffentlichen Rechtes auf Grund des Art 131 WeimRV und des Art 34 GrundG,
    - dd) gegen Rechtsanwälte und Notare
    - ee) gegen Körperschaften des öffentlichen Rechtes aus der Verletzung der Straßenunterhaltungspflicht oder Verkehrssicherungspflicht auf Straßen,
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche auf Entschädigung wegen
    - aa) unschuldig erlittener Untersuchungshaft oder Freispruchs im Wiederaufnahmeverfahren,
    - bb) Enteignung einschließlich der Ansprüche auf Entschädigung nach dem Preussischen Fluchtliniengesetz vom 2. Juli 1875 und dem Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum aus Gründen der Reichsverteidigung (Schutzbereichsgesetz) vom 24.1.1935 (RGBl I, 499) oder Aufopferung,
    - cc) Inanspruchnahme auf Grund des Reichsleistungsgesetzes oder wegen polizeilicher Maßnahmen enteignungsähnlicher Art,
  - b) Ansprüche aus einem öffentlich-rechtlichen Verwahrungs- oder Treuhandverhältnis,
- 3) die Rechtsstreitigkeiten über Steuern und Stempel auf Grund von Reichs-, Bundes- und Landesgesetzen,
- 4) die Entscheidung über Revisionen in Angelegenheiten des Baulandbeschaffungsgesetzes vom 3.8.1953 (BGBl I, 720).
- 5) alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind.

Dem IV. Zivilsenat sind zugewiesen:

- 1) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Personenrecht, insbesondere Namensrecht (BGB § 12), soweit nicht I 1 e zutrifft, einschließlich von Adel, Entmündigungen (BGB § 6), Todeserklärungen,
  - b) Familienrecht,
  - c) Erbrecht einschließlich von Erbschaftskäufen (BGB § 1922 ff), soweit nicht V 2 f zutrifft,
  - d) Stiftungen (BGB §§ 80 ff), Schenkungen (BGB §§ 516 ff), soweit nicht II 1 oder V 2 a zutrifft, Nießbrauch an Vermögen (BGB §§ 1085 ff) und Leibrenten (BGB §§ 759 ff),
- 2) die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden aus dem Jugendwohlfahrtsgesetz, für welche das Reichsgericht zuständig ist (Reichsgesetz vom 9.7.1922 - RGBI I, 633 - § 18; EG von demselben Tage - RGBI I, 647 - Art 9),
- 3) die Entscheidung in Fällen des § 28 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.5.1898 sowie des § 14 Nr. 3 des Reichsgesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7.4.1900 (RGBI 213), sofern es sich um Personenrechts-, Familienrechts- und Nachlasssachen (mit Ausnahme von V 6 a) handelt,
- 4) die Bestimmung des zuständigen Gerichts im Falle des § 650 Abs 3 ZPO,
- 5) die Rechtsstreitigkeiten über Rückgriffsansprüche, die mit Rückerstattungssachen (REG-Sachen) zusammenhängen,
- 6) die Rechtsstreitigkeiten über Angelegenheiten des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. (Bundesentschädigungsgesetz).

Dem V. Zivilsenat sind zugewiesen:

- 1) die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen einschließlich der Entscheidungen nach dem Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen vom 21.7.1953 (BGBI I, 667),
- 2 die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Verträgen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (einschließlich Vorkauf und Wiederkauf)
  - b) Pachtverhältnisse über landwirtschaftliche Grundstücke,



- c) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an Grundstücken und an Sachen, die mit einem Grundstück oder Gebäude in körperliche Verbindung gebracht sind, mit Einschluß von Überbau und Grenzverhältnissen (BGB §§ 912 - 916, 919 - 923), ferner die Rechtsstreitigkeiten aus dinglichen Vorkaufsrechten und Rechtsgeschäften darüber,
- d) Ansprüche aus dinglichen Rechten an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten und Rechtsgeschäften darüber,
- e) Nachbarrecht nebst dessen Verletzung (BGB §§ 903 - 910, GewO § 26),
- f) Erbrecht, wenn es sich ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichende Rechte der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke handelt,
- g) Zwangsvollstreckung in Grundstücke mit Einschluß von Kauf und Tausch von Rechten aus dem Meistgebot (§ 81 ZVG),
- h) Bergrechtssachen (EGBGB Art 67) einschließlich der Abbau-rechtssachen (EGBGB Art 68) und Wasserrechtssachen (EGBGB Art 65) einschließlich der Deich- und Sielrechtssachen (EGBGB Art 66),
- i) Schadensersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung von Grundbuchbeamten in Grundbuchsachen einschließlich der Rückgriffsansprüche gegen Beamte,
- k) Jagd- und Fischereirechte nebst Verträgen hierüber,
- l) Wildschadensersatz,
- m) kirchenrechtliche Verhältnisse sowie Schuldbaulasten und Grabstätten (EGBGB Art 132, 133)
- n) Familiengüter und Lehen (EGBGB Art 59)

3) die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an beweglichen Sachen, aus Funden (BGB §§ 965 ff) sowie auf Vorlegung von Sachen (BGB §§ 809 bis 911), soweit nicht II 1 oder II 3 b zutrifft,
- b) Ansprüche aus Nießbrauch und Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten, einschließlich von kaufmännischem Zurückbehaltungsrecht (HGB § 369) und von Rechtsgeschäften hierüber, soweit nicht II 1 oder II 3 b zutrifft,

4) die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Zwangsvollstreckung in anderes als unbewegliches Vermögen (einschliesslich der Klagen auf Erlass des Vollstreckungsurteils und mit Einschluss von § 771 ZPO, dagegen mit Ausschluss von §§ 767 - 769 ZPO), sofern nicht II 1 zutrifft
- b) Anfechtung von Rechtsgeschäften eines Schuldners zum Nachteil seiner Gläubiger in und ausserhalb des Konkurses (KO §§ 29 .. 42 nebst § 196 und Anfechtungsgesetz vom 21.7.1879), auch soweit Scheingeschäft behauptet wird

5) die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Schiedsverträge und Schiedssprüche (ZPO §§ 1025 ff nebst § 274 Abs 2 Nr. 3)
- b) Vergleiche, sofern es nicht mit Rücksicht auf das angewendete Recht zweckmässig erscheint, dass die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird

6) die Entscheidungen in den Fällen

- a) des § 28 FGG, wenn es sich ausschliesslich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichende Rechte der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke handelt
- b) des § 79 GBO
- c) des § 2 ZVG und des § 3 des Gesetzes zur Änderung der Vorschriften des Fideikommiss- und Stiftungsrechts vom 28.12.1950 (BGBl 820)

Dem VI. Zivilsenat sind zugewiesen

die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus unerlaubten Handlungen, soweit diese nicht dem III. Zivilsenat (III 1 b) oder dem V. Zivilsenat (V 2 e, 1, 1) zugewiesen sind
- b) Ansprüche aus Unfällen, an denen ein Kraftfahrzeug, eine Eisenbahn oder eine Strassenbahn beteiligt sind, auch wenn sie auf den Beförderungsvertrag gestützt sind, jedoch mit Ausnahme der Frachtverträge über Güter (II 2)
- c) Schadensersatzansprüche auf Grund sonstiger besonderer Gesetzesvorschriften (z B § 302 Abs 4, §§ 717, 945 ZPO), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind



Dem VII. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Dienstverhältnisse mit Ausnahme derjenigen, die unter II 4 b oder I 1 b fallen
  - b) Werkverträge
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 ff) und Geschäftsführung ohne Auftrag (BGB §§ 677 ff), soweit nicht II 7 zutrifft
- 3) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Leihe und Verwahrung (BGB §§ 598 ff, 688 ff) soweit nicht II 1, III 2 b oder V 2 a zutrifft
  - b) Darlehen (BGB § 607) und abstrakte Schuldverhältnisse (BGB §§ 780 - 808), soweit nicht II 3 c und d zutrifft
  - c) Bürgschaften (BGB §§ 765 ff), jedoch ist bei Rechtsstreitigkeiten über eine Bürgschaft für die Zuständigkeit die Hauptverbindlichkeit massgebend, wenn nur deren Bestand den Gegenstand des eigentlichen Streites bildet
- 4) die Rechtsstreitigkeiten über ungerechtfertigte Bereicherung (BGB §§ 812 ff), sofern es nicht mit Rücksicht auf das neben diesen Bestimmungen anzuwendende Recht zweckmässig erscheint, dass die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird
- 5) die Entscheidungen in Fällen des § 28 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.5.1898 sowie des § 14 Nr. 3 des Reichsgesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7.4.1900 (RGBl 213), sofern nicht II 8, IV 3 und V 6 a zutrifft

Dem VIII. Zivilsenat sind zugewiesen

die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von beweglichen Sachen und Rechten, soweit nicht II 1, II 3 a oder V 2 g zutrifft
- b) Miet- und Pachtverhältnisse, soweit nicht II 1 oder V 2 b zutrifft

### Schlußbestimmungen

- I. Erachtet ein Senat vor mündlicher Verhandlung einer bei ihm anhängig gemachten Sache einstimmig, daß sie nach der Art des anzuwendenden Rechts vor einen anderen bestimmten Senat gehöre, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzweckmäßig erscheint. Der Abgabebeschluß ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend. Nach Anberaumung des Termins zur mündlichen Verhandlung ist eine Abgabe ausgeschlossen.
- II. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreits entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.
- III. Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat ein Urteil erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teils desselben Anspruchs, sei es in dem bisherigen oder in einem neuen Prozeß, an den Bundesgerichtshof gelangen, gehören vor jenen Senat, selbst wenn inzwischen eine Änderung der Geschäftsverteilung Platz gegriffen hat. Die Sache kann jedoch dem nach dem Geschäftsverteilungsplan an sich zuständigen Senat mit dessen Zustimmung zugewiesen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen.
- IV. Für Vertragshilfesachen aus dem Vertragshilfegesetz vom 26.5.52 (BGBl I S. 198) ist jeweils derjenige Zivilsenat zuständig, zu dessen Rechtsgebiet die zu regulierende Verbindlichkeit gehört. Sind mehrere Verbindlichkeiten zu regulieren, so entscheidet die dem Betrage nach höchste Verbindlichkeit.
- V. Rechtsbeschwerden nach § 56 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 25.3.1952 (BGBl I S. 177) sind im Hinblick auf die Geschäftsverteilung wie Revisionen zu behandeln.
- VI. Strafsachen, in denen ein Senat ein Urteil erlassen hat und die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen, werden wieder von diesem Senat bearbeitet, selbst wenn der Geschäftsverteilungsplan inzwischen geändert worden ist.



## A n h a n g

### zum Geschäftsverteilungsplan des Bundesgerichtshofes für das Jahr 1956

#### A. - Besetzung der Senate des Bundesgerichtshofes nach dem Stand vom 1.10.1956

#### Z i v i l s e n a t e

##### I. Zivilsenat:

Chefpräsident	Dr. Weinkauff
Bundesrichter	Dr. Wilde (stellv. Sen. Vor.)
"	Dr. Birnbach
"	Dr. Bock
"	Dr. Krüger-Nieland
"	Dr. Nastelski
"	Dr. Christoph
"	Dr. Weiss 9
"	Dr. Spreng
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Schultetus
"	Regierungsrat Ballhaus

##### II. Zivilsenat:

Senatspräsident	Dr. Canter
Bundesrichter	Dr. Selowsky
"	Dr. Delbrück
"	Dr. Haidinger
"	Dr. Fischer
"	Dr. Kuhn
"	Dr. Nörr
"	Dr. Haager 8
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Fleck

##### III. Zivilsenat:

Senatspräsident	Prof. Dr. Geiger
Bundesrichter	Dr. Pagendarm
"	Dr. Weber
"	Dr. Kreft
"	Dr. Arndt
"	Dr. Wolany
"	Dr. Beyer
"	Dr. Hussla 8
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Kleinhoff

##### IV. Zivilsenat:

Senatspräsident	Schmidt
Bundesrichter	Ascher
"	Raske
"	Johannsen
"	Dr. von Werner
"	Wüstenberg
"	Maass
"	Wilden 8

V. Zivilsenat:

Senatspräsident	Dr. Tasche
Bundesrichter	Dr. Hückinghaus
"	Dr. Augustin
"	Schuster
"	Dr. Oechßler
"	Dr. Piepenbrock
"	Dr. Rothe
"	Dr. Freitag
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Bender

VI. Zivilsenat:

Senatspräsident	Prof. Dr. Meiss
Bundesrichter	Dr. Kleinewefers (stellv. Sen.Vors.)
"	Dr. Engels
"	Dr. Meyer
"	Martin
"	Hanebeck
"	Dr. Bode
"	Dr. Hauss
Jur. Hilfsarbeiter	Amtsgerichtsrat Dr. Haase

VII. Zivilsenat:

Senatspräsident	Glanzmann
Bundesrichter	Scheffler (stellv. Sen. Vors.)
"	Rietschel
"	Dr. Heimann-Trosien
"	Dr. Winkelmann
"	Erbel

VIII. Zivilsenat:

Bundesrichter	Dr. Grossmann
"	Dr. Gelhaar
"	Artl
"	Dr. Spieler
"	Dr. Hengsberger
"	Dr. Dorschel



S t r a f s e n a t e

1. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Hörchner
Bundesrichter	Dr. Koeniger
"	Dr. Peetz
"	Mantel
"	Werner (zugleich 3. Strafsenat)
"	Dr. Hübner

2. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Baldus
Bundesrichter	Prof. Dr. Busch
"	Dr. Dotterweich
"	Dr. Schalscha
"	Dr. Menges
"	Hoepner

3. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Geier
Bundesrichter	Scharpenseel
"	Dr. Jagusch
"	Dr. Willms
"	Weber
"	Dr. Mannzen
"	Wirtzfeld

4. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Rotberg
Bundesrichter	Krumme
"	Dr. Sauer
"	Dr. Seibert
"	Prof. Dr. Lang-Hinrichsen
"	Dr. Wiefels (zugleich 3. Strafsenat)

5. Strafsenat (Berlin)

Senatspräsident	Sarstedt
Bundesrichter	Dr. Koffka
"	Schmidt
"	Siemer
"	Schmitt
"	Dr. Börker

B. - Sitzungstage und Sitzungssäle der Senate des Bundesgerichtshofes

Z i v i l s e n a t e

I. Zivilsenat	Sitzungstage:	Dienstag und Freitag	Sitzungssaal	Nr. 223
II. "	"	Montag und Donnerstag	"	Nr. 223
III. "	"	Montag und Donnerstag	"	Nr. 222
IV. "	"	Mittwoch und Sonnabend	"	Nr. 222
V. "	"	Mittwoch und Sonnabend	"	Nr. 223
VI. "	"	Dienstag und Freitag	"	Nr. 222
VII. "	"	Montag und Donnerstag	"	Nr. 123
VIII. "	"	Dienstag und Freitag	"	Nr. 123

S t r a f s e n a t e

1. Strafsenat	Sitzungstage	Dienstag und Freitag	Sitzungssaal	Nr. 122
2. "	"	Mittwoch und Sonnabend	"	Nr. 122
4. "	"	Montag und Donnerstag	"	Nr. 122
5. "	"	Dienstag und Freitag	Berlin	

C. - Auszug aus der Geschäftsordnung des Bundesgerichtshofes

- § 1 -

S e n a t e

- (1) .....
- (2) .....
- (3) Jedes Mitglied des Bundesgerichtshofes muss einem Senat als ständiges Mitglied angehören. Jeder Senat muss einschließlich des Vorsitzenden aus mindestens fünf ständigen Mitgliedern bestehen.

- § 2 -

P l e n u m

Vor das Plenum gehören ausser der durch § 140 GVG ihm überwiesenen Angelegenheit die Beratung und Beschlussfassung über eine beim Bundesrat vorzuschlagende Änderung oder Ergänzung der Geschäftsordnung sowie über diejenigen den Geschäftsgang betreffenden Angelegenheiten, die der Präsident vor das Plenum verweist.



- § 3 -

Präsidium

Das Präsidium beschliesst in den ihm durch das Gesetz oder durch diese Geschäftsordnung zugewiesenen Angelegenheiten. Es entscheidet ausserdem im Zweifelsfall, vor welchen Senat eine Sache gehört.

- § 4 -

Präsident

- (1) Dem Präsidenten liegen neben den Geschäften, die ihm als Vorsitzenden des Plenums, des Präsidiums, der Grossen Senate, der Vereinigten Grossen Senate und eines einzelnen Senates zukommen, die Leitung und die Beaufsichtigung des ganzen Geschäftsganges ob.
- (2) Der Präsident verteilt die Geschäftsräume und die für die regelmässigen Sitzungen bestimmten Wochentage auf die Senate.
- (3) Der Präsident regelt die Verteilung der Geschäfte unter die nicht-richterlichen Beamten des Gerichts. Er ist im Sinne der beamtenrechtlichen Vorschriften Vorgesetzter und Dienstvorgesetzter der richterlichen Mitglieder des Bundesgerichtshofes. Bei disziplinären Massnahmen gegen die richterlichen Mitglieder des Bundesgerichtshofes soll er das Präsidium hören; handelt es sich jedoch um blosser Vorermittlungen, so kann er, auf Antrag des Betroffenen soll er das Präsidium hören.
- (4) Soweit nicht gesetzliche Vorschriften oder solche Vorschriften gelten, die der Bundesminister der Justiz auf Grund von Gesetzen erlassen hat, erlässt der Präsident die Bestimmungen über die zu führenden Geschäftsbücher, Register und Listen.
- (5) Dem Präsidenten steht die Verfügung in allen Verwaltungsangelegenheiten zu, vor allem in denjenigen, die das Haushaltswesen, die Geschäftsräume, die Vervollständigung der Bibliothek und sonstige Anschaffungen betreffen.

- § 5 -

Vertretung der Präsidenten

In den Angelegenheiten, für die eine Vertretung des Präsidenten nicht durch das Gesetz geordnet ist, vertritt ihn der dienstälteste Senatspräsident.

- § 6 -

Gutachten

Hat der Bundesgerichtshof Gutachten, insbesondere über Gesetzgebungsfragen, zu erstatten, so bestimmt das Präsidium des Bundesgerichtshofes, welche Stelle innerhalb des Bundesgerichtshofes die gutachtliche Äusserung abzugeben hat. Es kann dazu bestimmen entweder den einzelnen oder die mehreren Senate, zu deren Zuständigkeit die Gutachterfrage gehört, oder den betreffenden Grossen Senat oder eine von ihm aus den Mitgliedern des Bundesgerichtshofes zu bildende Gutachterkommission oder in Ausnahmefällen die Vereinigten Grossen Senate oder das Plenum.

- § 7 -

S i t z u n g e n

- (1) Die Sitzungen der Senate finden wöchentlich an den ein für allemal bestimmten Tagen statt, unter Vorbehalt ausserordentlicher Sitzungen, die durch die Umstände nötig werden.
- (2) Die ausserordentlichen Sitzungen der Senate sowie die Sitzungen des Plenums, der Grossen Senate und der Vereinigten Grossen Senate werden von den Vorsitzenden nach Bedürfnis einberufen.
- (3) An Sonntagen und allgemeinen Feiertagen finden Sitzungen nur in Notfällen statt.

- § 8 -

B e r i c h t e r s t a t t e r

- (1) Bei der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen ernennt der Vorsitzende des Senats einen Berichterstatter, und zwar in der Regel, nachdem er Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt hat. Der Berichterstatter stellt spätestens eine Woche vor dem Verhandlungstermin dem Vorsitzenden eine schriftliche Bearbeitung der Sache mit den Akten zu. Dem Vorsitzenden steht es frei, vor dem Verhandlungstermin eine weitere vorbereitende Bearbeitung der Sache durch einen zweiten Berichterstatter anzuordnen oder die Akten bei den Senatsmitgliedern mit dem Ersuchen umlaufen zu lassen, zu einzelnen bestimmt bezeichneten Rechtsfragen schriftlich Stellung zu nehmen.
- (2) Wird die Revision durch Beschluss erledigt, so genügt ein mündlicher Vortrag des Berichterstatters.
- (3) Die Vorschriften des Abs. 1 sind sinngemäss anzuwenden
  1. bei Berufungen in Patentsachen,
  2. bei Beschwerden, die gemäss § 28 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder gemäss § 79 der Grundbuchordnung dem Bundesgerichtshof zur Entscheidung vorgelegt werden,
  3. bei Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen, sofern es sich nicht um unzulässige Rechtsbeschwerden handelt,
  4. bei anderen Beschwerden und Entscheidungen, wenn ein Termin zur mündlichen Verhandlung angesetzt wird; geht der Entscheidung eine mündliche Verhandlung nicht voraus, so wird auf mündlichen Vortrag des vom Senatsvorsitzenden zu bestellenden Berichterstatters entschieden, jedoch ist eine vorbereitende Bearbeitung nicht ausgeschlossen.
- (4) In Strafsachen, für die der Bundesgerichtshof in erster und letzter Instanz zuständig ist (§ 134 GVG), ist die Vorschrift des Abs. 1 Satz 1 sinngemäss anzuwenden.

- § 9 -

G r o s s e S e n a t e

- (1) In den Fällen der §§ 136, 137 GVG, hat der Senat, der die Entscheidung eines Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate einholen will, die zu entscheidenden Rechtsfragen in einem Beschluss festzustellen und mit diesem Beschluss auch die Akten der Rechtssache dem Vorsitzenden des Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate zuzustellen. Im Falle des § 136 GVG hat jedoch der Senat, der von der Entscheidung eines anderen Senates abzuweichen will, zunächst bei diesem anzufragen, ob er der Abweichung zustimmt; wenn der andere Senat zustimmt, so bedarf es keiner Entscheidung des Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate.



(2) Der Vorsitzende des Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate leitet den Beschluss und die Akten dem Oberbundesanwalt, wenn dieser zu hören ist, zur schriftlichen Stellung seiner Anträge vor der Berichterstattung zu.

(3) Es werden zwei Berichtersteller ernannt, von denen der eine dem Senat angehören muss, der die Entscheidung des Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate einholt. Handelt es sich um eine Entscheidung der Vereinigten Grossen Senate, so ist, wenn der erste Berichtersteller einem Zivilsenat angehört, als zweiter Berichtersteller ein Mitglied eines Strafsenats zu bestellen und umgekehrt.

(4) Die Berichte sind schriftlich zu erstatten. Eine Abschrift der Berichte und der Anträge des Oberbundesanwalts ist vor der Sitzung jedem Mitglied mitzuteilen, das zur Mitwirkung an der Entscheidung berufen ist. Der Oberbundesanwalt ist von der Sitzung rechtzeitig zu benachrichtigen.

(5) Über das Ergebnis der Beratung hat ein vom Vorsitzenden zu bestimmendes Mitglied des Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate eine Niederschrift aufzunehmen.

(6) Die Entscheidung des Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate ergeht in Form eines Beschlusses mit Entscheidungsgründen; der Beschluss muss die Namen der Richter, die mitgewirkt haben, und den angenommenen Rechtssatz enthalten und ist von den Richtern zu unterzeichnen. Der Beschluss kann auch dahin lauten, dass die Entscheidung der Rechtsfragen mangels der Voraussetzungen der §§ 136, 137 GVG abgelehnt wird.